

gleichzeitig effizienten Landwirtschaft unter Verzicht auf Monokulturen Vorrang einräumen;

- den Ausbau der Gesundheitsfürsorge zu fördern;
- den Auf- und Ausbau von Einrichtungen des Erziehungswesens, Berufsausbildung- und Berufsweiterbildung zu ermöglichen;
- Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen;
- kosten- und materialsparende sowie umweltverträgliche Produktionsmethoden in diesen Ländern aufzubauen;
- Organisationen zu fördern, die durch ihre Informations- und Bildungsarbeit in Österreich dazu beitragen, das Verständnis für die Probleme der Entwicklungshilfe zu erhöhen;
- konsumentenpolitische Organisationen zu fördern, deren Informationsarbeit in Österreich bezweckt, daß Konsumenten durch ihre Kaufentscheidung einen Beitrag für entwicklungspolitische Ziele leisten;
- sowie allgemein die einseitigen Abhängigkeiten der Entwicklungsländer abbauen zu helfen und die Grundlage für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Wenn richtigerweise „Kondition“ für diese Staaten gefordert wird, so soll sie meines Erachtens nach um die soziale Kondition ergänzt werden.

Eine Kampagne des Europarates wurde 1990 in großem Umfang und auch mit Unterstützung des ÖGB in Österreich durchgeführt. Das Motto hieß „Nord-Süd — Eine Zukunft — Eine gemeinsame Aufgabe“.

Nehmen wir sie in Angriff!

12. BUNDESKONGRESS DES ÖGB: INTERNATIONALE POLITIK

Internationale Politik des ÖGB

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa und der weltpolitischen Lage in den vergangenen Jahren haben auch konkrete Auswirkungen auf die Situation der einzelnen Arbeitnehmer. Dadurch wird auch Altvertrautes in Frage gestellt und ständig entwickeln sich neue Herausforderungen. Es ist daher sehr verständlich, daß bei manchen Arbeitnehmern Verwirrungen und auch oft unberechtigte Ängste entstehen. Darauf haben Gewerkschaften und ÖGB einzugehen.

Gewerkschaftliches Handeln orientiert sich an dem historischen Grundprinzip der Solidarität der arbeitenden Menschen. Dies gilt im eigenen Land wie auch im internationalen Zusammenhang. Aufbauend auf der mehr als einhundertjährigen Tradition der internationalen Gewerkschaftsorganisationen bekennt sich der ÖGB auch heute zum Prinzip der internationalen Solidarität.

Die Notwendigkeit internationaler gewerkschaftlicher Solidarität präsentiert sich heute aufgrund der großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen stärker denn je. Die zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen, die Entwicklung großer internationaler Kapitalgesellschaften, die wachsende Mobilität von Kapital und Arbeitskräften, sowie die Herausbildung übernationaler Wirtschaftsgemeinschaften stellen für die Gewerkschaftsbewegung neue Herausforderungen dar, will sie ihre Schutzfunktion für die arbeitenden Menschen weiter ausüben.

Der ÖGB bekennt sich deshalb zu einer verstärkten Beachtung des Prinzips der internationalen Solidarität und stellt sich den daraus erwachsenden Anforderungen und Aufgaben. Er strebt eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit im Europäischen Gewerkschaftsbund, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, den Europäischen Gewerkschaftsausschüssen, in den internationalen gewerkschaftlichen Verbänden, den Berufsinternationalen und regionalen gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen sowie in der Internationalen Arbeitsorganisation an.

Der ÖGB in den internationalen Gewerkschaftverbänden

Der ÖGB ist Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Die Christlichen Gewerkschafter im ÖGB haben sich dem Weltverband der Arbeitnehmer angeschlossen. Der ÖGB setzt sich für den Ausbau der Europäischen Gewerkschaftsakademie, die auf seine Initiative innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegründet wurde, ein. Internationale Information für Gewerkschafter ist hinsichtlich der bevorstehenden Errichtung von europäischen Betriebsräten von besonderer Bedeutung.

Der ÖGB anerkennt auch für sich die Verpflichtungen, die ihm beim Aufbau freier, demokratischer und unabhängiger Gewerkschaften in den vom Kommunismus befreiten Ländern Mittel- und Osteuropas und in den Entwicklungsländern erwachsen. Dem 1990 auf Anregung des ÖGB in Wien/Neuwaldegg errichteten Kontaktbüro für Mittel- und Osteuropa des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu. Der ÖGB ist überzeugt, daß dies einen wichtigen Beitrag zum Erstarben der freien internationalen Gewerkschaftsbewegung als Voraussetzung für die Erreichung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung darstellt.

Österreich und die europäische Integration

Der ÖGB bekennt sich zur aktiven Teilnahme Österreichs am europäischen Integrationsprozeß. Er bejaht die Teilnahme Österreichs am europäischen Binnenmarkt, betont jedoch gleichzeitig seine grundsätzliche Position, daß das Ziel der europäischen Integration die Schaffung eines demokratischen und sozialen Europa in seiner geographischen Dimension sein muß. Aus den Anstrengungen zur Erreichung eines wirtschaftlich geeinten und demokratischen Europa mit einer sozialen Dimension dürfen deshalb die Staaten Mittel- und Osteuropas, die erst vor kurzem die Fesseln der kommunistischen Diktatur abgestreift haben, nicht ausgeklammert werden.

Demokratie und Wohlstand für Mittel- und Osteuropa

Die westlichen Gewerkschaften, insbesondere die europäischen, sind aufgerufen, Hilfe zur Selbsthilfe beim Aufbau schlagkräftiger freier und unabhängiger Gewerkschaften in den Ländern des ehemaligen Ostblocks zu leisten. Gleichzeitig sind aber auch die Regierungen des Westens und die europäischen Institutionen zu drängen, verstärkt Wirtschafts- und Finanzierungshilfen zu leisten, da andernfalls die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Wandels in Mittel- und Osteuropa nicht auf diese Länder beschränkt bleiben werden, sondern auch die sozialen Standards in den westlichen Industriestaaten Europas ernsthaft gefährdet sind.

Der ÖGB fordert daher

- die Verstärkung solcher Wirtschafts- und Finanzierungshilfen für Osteuropa seitens internationaler Einrichtungen und der westlichen Regierungen, die auf einen wirtschaftlichen Strukturwandel unter größtmöglicher Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung abzielen;
- den Ausbau der Qualifizierungs-, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen für Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa sowie die finanzielle Unterstützung durch die österreichische Bundesregierung bei der Durchführung solcher Programme durch die Gewerkschaften und ihre Bildungseinrichtungen.
- Die Wirtschaftshilfe seitens der Industrieländer muß an die Bedingung geknüpft werden, daß die Gründung und der Ausbau freier Gewerkschaften zu fördern sind.

Frieden, Sicherheit und Abrüstung

Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und nichtmilitärische Beilegung von Konflikten stellen weltweit wichtige Voraussetzungen für die Entfaltung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften dar.

Gemeinsam mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden fordert der ÖGB deshalb:

- die verstärkte Fortsetzung aller Bemühungen, die darauf abzielen, auf dem Verhandlungsweg die konventionellen, bakteriologischen, chemischen und atomaren Rüstungspotentiale auf regionaler und internationaler Ebene zu verringern sowie durch den Aufbau bilateraler, regionaler und internationaler Formen der friedlichen Konfliktregelung die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzung zu verhindern;
- durch Einrichtung eines Kontrollsystems der UNO die Waffenproduktion aller ihrer Mitgliedsstaaten offenzulegen und in weiterer Folge zu beschränken;
- durch internationale Abkommen einen waffenfreien Weltraum zu garantieren.
- Der ÖGB fordert weiters die Einstellung der österreichischen Kriegswaffenproduktion zum ehestmöglichen Zeitpunkt, die Umrüstung der betroffenen Industrien auf zivile Produktion unter strikter Beachtung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der dort Beschäftigten sowie
- die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;
- den Einsatz der aus reduzierten Waffenkäufen freiwerdenden Mittel für Projekte zur Bekämpfung des Hungers in der Welt, zur Förderung der Weltgesundheit und des globalen Umweltschutzes sowie für effiziente Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt.

Kampf gegen den Terrorismus

Der ÖGB verurteilt schärfstens jede Form der Gewalt. Der ÖGB fordert deshalb jene Länder auf, die durch Unterdrückung sozial Schwacher, nationaler und religiöser Minderheiten und von Flüchtlingen die Ausbreitung des Terrors begünstigen, rasch nach akzeptablen Lösungen zu suchen, um einer Eskalation Einhalt gebieten zu können.

Menschen- und Gewerkschaftsrechte weltweit stärken

Der ÖGB betont in Übereinstimmung mit den internationalen Dachverbänden, daß die Gewerkschaftsrechte einen zentralen und integralen Bestandteil der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen und daß die volle Ausübung der Gewerkschaftsrechte nur möglich ist, wenn die grundlegenden Menschenrechte respektiert werden.

Ausbau der gewerkschaftlichen Entwicklungshilfe

Die internationale gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt kann sich nicht allein auf die Mitarbeit des ÖGB in internationalen Organisationen, die damit befaßt sind, beschränken, sondern erfordert auch ein direktes Engagement, das von einer

breiten Basis der Mitglieder getragen wird. Der Ausbau der Entwicklungshilfeaktivitäten des ÖGB und seiner Gewerkschaften soll deshalb in einem Stufenplan erfolgen:

- Ausbau einer breit gestreuten und regelmäßigen Information über Anliegen und Probleme der Arbeitnehmer und Gewerkschaften in der Dritten Welt in allen Medien, die dem ÖGB und seinen Gewerkschaften zur Verfügung stehen, insbesondere auch über Frauen und Jugendliche in den Entwicklungsländern;
- Informationen über die Arbeit internationaler oder österreichischer Entwicklungshilfe- und Menschenrechtsorganisationen in den Gewerkschaftsmedien;
- Aktive Teilnahme des ÖGB und seiner Gewerkschaften an den Bildungs- und Entwicklungsprojekten der internationalen Gewerkschaftsdachverbände und der Berufsinternationalen;
- Ausarbeitung von effizienten Entwicklungsprojekten, über die der ÖGB und seine Gewerkschaften die Patronanz übernehmen und für die die Mitglieder zur persönlichen Mitwirkung aufgefordert werden;
- Aufbau und Pflege direkter Kontakte mit Gewerkschaften der Dritten Welt und deren Unterstützung beim Aufbau und Ausbau ihrer Organisation und Arbeit;
- Finanzielle Mittel der öffentlichen Hand auch zur Finanzierung gewerkschaftlicher Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt sowie Förderung der Bereitschaft der österreichischen Gewerkschaftsmitglieder, für konkrete Projekte des ÖGB und seiner Gewerkschaften einen zusätzlichen finanziellen Beitrag zu leisten.

Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Dritten Welt

In Übereinstimmung mit den internationalen gewerkschaftlichen Dachverbänden tritt der ÖGB dafür ein, die Anstrengungen zur Durchsetzung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in den Ländern der Dritten Welt zu intensivieren und fordert insbesondere auch die Anerkennung der Land- und Lebensrechte eingeborener Völker.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen:

- die Gewerkschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika die verstärkte politische Unterstützung des ÖGB und seiner Gewerkschaften auf allen Ebenen erhalten, insbesondere durch verstärkte Informationsarbeit, durch die Einschaltung internationaler Organisationen wie der IAO und die Mobilisierung internationaler und österreichischer politischer Institutionen;
- jene Staaten der Dritten Welt, deren Regierungen die Menschen- und Gewerkschaftsrechte verletzen, durch die Verhängung von wirtschaftlichen und politischen Sanktionen Österreichs geächtet werden;
- eine sozial und wirtschaftlich ausgewogene Entwicklung der Länder der Dritten Welt gefördert und damit die Grundlagen für Entwicklung und Ausbau der Demokratie in diesen Ländern sowie der Sicherung des Weltfriedens geschaffen werden.

Förderung des Nord-Süd-Dialoges

Noch immer dominieren einseitige Abhängigkeiten das Verhältnis zwischen den reichen Staaten des Nordens und den armen Entwicklungsländern des Südens.

Diese Ungleichheiten sind nicht nur eine Quelle politischer Spannungen und gewalttätiger Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, sondern sie führen auch zu einer Wanderungsbewegung der Menschen aus dem armen Süden in die reichen Industriestaaten des Nordens.

Ein ausgewogenes und gerechtes Nord-Süd-Verhältnis sowie ein durch entwicklungspolitische Maßnahmen expandierender Weltmarkt würden nicht nur das wirtschaftliche Wachstum und den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten begünstigen, sondern auch einen wichtigen Impuls für die Umstrukturierung und Sanierung der Volkswirtschaften in den Ländern Mittel- und Osteuropas bedeuten.

Die Hilfe der reichen Industriestaaten muß sich deshalb auf die Förderung einer eigenverantwortlichen sozioökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt konzentrieren.

Der ÖGB fordert daher die österreichische Bundesregierung mit Nachdruck auf, die Mittel für die Entwicklungshilfe kurzfristig wenigstens auf den Rahmen der von der UNO und der OECD geforderten Marke von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben und mit diesem Mitteleinsatz effiziente Programme zu unterstützen, die unter weitestgehender Wahrung der kulturellen Identität der Menschen in Entwicklungsländern

- dem Ausbau einer ökologisch orientierten und gleichzeitig effizienten Landwirtschaft unter Verzicht auf Monokulturen Vorrang einräumen,
- den Ausbau der Gesundheitsfürsorge fördern,
- den Auf- und Ausbau von Einrichtungen des Erziehungswesens, Berufsausbildung und Berufsbildung ermöglichen,
- Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen,
- kosten- und materialsparende sowie umweltverträgliche Produktionsmethoden in diesen Ländern aufbauen,
- Organisationen fördern, die durch ihre Informations- und Bildungsarbeit in Österreich dazu beitragen, das Verständnis für die Probleme der Entwicklungshilfe zu erhöhen,
- konsumentenpolitische Organisationen fördern, deren Informationsarbeit in Österreich bezweckt, daß Konsumenten durch ihre Kaufentscheidung einen Beitrag für entwicklungspolitische Ziele leisten,
- die einseitigen Abhängigkeiten der Entwicklungsländer abbauen helfen und die Grundlage für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung schaffen.

Flüchtlinge, Asylwerber, Zuwanderer

Der ÖGB bekennt sich zur kompromißlosen Fortsetzung der Rolle Österreichs als Aufnahmeland für alle Menschen, die in ihren Heimatländern aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt werden.

Der ÖGB unterstützt die Bundesregierung in allen ihren Bemühungen, Flüchtlinge zu menschenwürdigen Bedingungen aufzunehmen und ihnen außerdem Möglichkeiten der Weiterbildung, Schulung, kulturelle Identität und Arbeit zu gewähren. Die Asylbewerbsverfahren sollen großzügig erledigt werden.

Betreuung ausländischer Arbeitskräfte ausbauen

Der ÖGB beharrt darauf, daß für ausländische Arbeitnehmer, die mit einer Arbeitsbewilligung in Österreich arbeiten, die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie für die österreichischen Arbeitnehmer zu gelten haben.

Der ÖGB bekämpft schließlich alle Aktivitäten, die Ausländerfeindlichkeit, Rassenhaß und faschistisches Gedankengut verbreiten und fordert schärfere Strafbestimmungen für jene, die ausländerfeindliches, rassistisches oder faschistisches Gedankengut propagieren.

(Der Antrag wurde vom Bundeskongreß am 18. Oktober 1991 einstimmig angenommen.)

AUTORENNOTIZEN

Thomas BIERSCHEK,
PD Dr., Institut für Ethnologie, Freie Universität Berlin, Drosselweg 1 — 3, D-1000 Berlin 33, zur Zeit auf Feldforschung in Afrika.

Christopher GOLDSCHMIDT,
geb. 1952 in Göttingen, Studien in Volkswirtschaftslehre, Entwicklungsökonomie und Elektrotechnik. 1972 — 1973 ICIRA, Santiago de Chile: Bauernfortbildung mit AV Medien im Rahmen der Agrarreform. 1974 Fotograf in Lima. 1975 New York, Center for Understanding Media and Adwar Video Corporation. 1976 — 1977 Leitung des Sony Video Service für Südwestdeutschland. 1978 — 1980 Nordperu, Projektleitung Genossenschaftliches Bildungswesen mit AV Medien, 1981 — 1988 Mitarbeiter des Landfunkprogramms Tierra Fecunda in Peru. 1989 Berlin, Entwicklungsarbeiten an einem technischen und journalistischen Verbund basisnahe, 1990 — 1991 Westafrika, Studien für ein Kommunikations- und Informationsprojekt der EG zum Umweltschutz in den Küstenstaaten.

Andreas NOVY,
Ökonom, Universitätsassistent am Interdisziplinären Institut für Stadt- und Regionalentwicklung an der Wirtschaftsuniversität Wien. Diplomarbeit über kirchliche Basisgemeinden in Brasilien, zahlreiche Forschungsaufenthalte in Brasilien, Dissertation: „Lokaler Widerstand und struktureller Wandel: Bürgerinitiativen der Armen an der Peripherie von Sao Paulo, Brasilien.“

Rameshwar TANDON
teaches Comparative Economic Systems and International Economics at the Aligarh Muslim University, Aligarh 202002 (India). Earlier for more than two decades, he worked at the Institute for social and economic change Bangalore. Alongwith Prof. Hans Singer of IDS Sussex and Prof. Neelambar Hatti of Lund University, he is coeditor of New World Order Series.

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, VII. Jg., 1991 REGISTER

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Konstanz), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (Los Angeles), Peter Jankowitsch (Wien), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras), Ulrich Menzel (Frankfurt/M.), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

ARTIKEL

- | | |
|--|------|
| George C. Abbott: Baker, Brady and the Banks | 3/9 |
| Ayad Al-Ani: Die Rolle von Institutionen im Entwicklungsprozeß. Betrachtungen zu einer institutionalistischen Entwicklungsökonomie | 1/5 |
| María Herminia Tavares de Almeida: Brasilien: Soziale und demokratische Reformen in Zeiten der Krise | 4/21 |
| Meine Pieter van Dijk: Structural Adjustment Alternatives for Jordan, Given the Roots of the Economic Recession | 2/15 |
| Hartmut Elsenhans: Politökonomische Grundlagen der Demokratisierung in der Dritten Welt und ihre institutionellen Konkretisierungen | 1/63 |
| Ricardo Ffrench-Davis and Patricio Meller: Structural Adjustment and World Bank Conditionality: A Latin American Perspective | 4/43 |
| Jean-Pierre Gern: How Far Can International Trade Contribute to Growth in Non-Industrialised Countries? Reconsidering the Foundations | 2/33 |
| Heidi Grobbauer: Die Kurden — zwischen Widerstand und erzwungener Assimilation | 3/67 |
| Helen Kimble: Namibia in the Nineties Africa's Last Ex-Colony and First Post-Apartheid State: Economic Prospects and Problems | 3/37 |
| René Klaff: Problems of State-Building in the Middle East, With Special Reference to Syria | 3/79 |
| Norbert Lechner: Von der Revolution zur Demokratie Zum Paradigmenwechsel in den lateinamerikanischen Sozialwissenschaften | 4/7 |
| H. C. F. Mansilla: Grundsätze einer kritischen Theorie der Modernisierung | 4/31 |
| Joachim Nemella: Höhlt steter Tropfen einen heißen Stein? Ländliche Dorfentwicklung in Kenia | 2/77 |
| Manfred Nitsch: Sinn und Unsinn von Rotationsfonds in der Kleingewerbe- und Kleinbauernförderung — ein Beispiel für angewandte Institutionen-Ökonomik | 1/41 |
| Wilhelm Nölling: Die internationale Verschuldungskrise — Ursachen, Lösungsvorschläge | 3/25 |
| Andreas Obser: Planungsprobleme in Entwicklungsagenturen. Entscheidungsorientiertes Management als Vorbedingungen für ein kritisches Planen | 2/55 |

Bernhard Perchinig: „Der Fremde und der Nationalstaat“	2/3
Andreas Schedler: Die Verteilungswirkungen von Wirtschaftskrise und Anpassungspolitik in Mexiko	4/63
Siegfried Schultz: Trends und Probleme der deutschen Entwicklungspolitik	3/97
Hans W. Singer: Beyond the Debt Crisis	3/3
Herbert Strunz: Organisationen als Determinanten wirtschaftlicher Entwicklung	1/21

REZENSION ZUM SCHWERPUNKT

Markus Kostner: Heiko Körner (Hrsg.), Zur Analyse von Institutionen im Entwicklungsprozeß und in der internationalen Zusammenarbeit	1/73
--	------

ESSAY

Gottfried Stockinger: Lateinamerika: Selbstbesinnung in den Wissenschaften?	4/87
--	------

WEITERE ORIGINALIA

Gerald Braun: The Poverty of Conventional Development Concepts	1/75
José M. Magone: Politische Kultur in der europäischen Semi-Peripherie: Der Fall Portugal (1910 — 1990)	4/93

AKTUELL

Andre Gunder Frank: Holier Than Thou in the Gulf: A Curse on Both Your Houses	1/91
--	------

BERICHT

Heribert Maier: Die Rolle des International Labour Office (ILO) im Nord-Süd-Konflikt	2/89
---	------

REZENSIONEN

Aspekte des österreichischen Verhältnisses zur Dritten Welt (Walter Sauer)	4/109
Hildegard Lingau, Frankreichs Sozialisten: tiersmondistische Theorie und neo-koloniale Praxis. Die Entwicklungspolitik der sozialistischen Partei Frankreichs (PS) (Dieter Braunstein)	3/111
Antonis N. Malagardis, Ein „Konkursrecht“ für Staaten? (Kunibert Raffer)	2/97
Tell in der Weltwirtschaft. Neue Publikationen zur Rolle der Schweiz im internationalen System (Walter Sauer)	1/87

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN

1. Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, A-1030 Wien.
2. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt.
3. Der Beitrag darf den Umfang von 30 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Darin eingeschlossen sind die Titelseite mit Zusammenfassung, Text, Literaturhinweise, Anmerkungen, Tabellen und Schaubilder.
4. Legen Sie eine kurze Zusammenfassung (ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei.
5. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein.
6. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.
7. Wenn möglich, schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Microsoft Word V 5.0 oder einem anderen MS-DOS-compatiblen Programm erfaßt sein sollte.

INFORMATIONEN FOR CONTRIBUTORS

1. Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Weyrgasse 5, A-1030 Vienna, Austria.
2. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to readers.
3. A full-length article is seldom longer than 30 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced.
4. Include a brief abstract (fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words).
5. Delete all identifying references from your manuscript.
6. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed.
7. Manuscripts on diskette will reduce the processing time. Compose with a word processor on a PC/MS-DOS computer using, e.g. Microsoft Word 5.0.

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien